

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 23.02.2012

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:55 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsmitglieder

Prof. Dr. Hans-Günter Appel, Anne Bödecker, Udo Borkenstein,
Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Michael Fischer,
Horst-Dieter Freygang, Martin von Heynitz, Axel Homfeldt,
Bernhard Jongebloed, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Anja Kindo,
Dieter Köhn, Anne Krüger, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki,
Hans Müller, Joachim Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf,
Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Frank
Michael Stubenhöfer, Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Frank Vehoff,
Andrea Wilbers, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, VA Uta Bohlen-Janßen,
VA Heide Schröder-Ward, VA Holger Rabenstein,
BOAR Theodor Kramer, VA Ingrid Eggers

Es fehlen entschuldigt:

RM Heide Bastrop, Horst Herckelrath, Elena Kloß

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Fischer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Fischer stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2011 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Herr Retsch erkundigt sich, ob die von den Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Vorschläge zum Bürgerhaushalt in den Haushaltsplan 2012 eingeflossen sind und bittet um nähere Informationen über das Ergebnis.

BM Böhling teilt mit, dass im Rahmen der erstmaligen Aufstellung eines Bürgerhaushaltes von den Bürgerinnen und Bürgern ca. 100 Vorschläge zu den freiwilligen Leistungen eingereicht wurden. Alle diese Vorschläge wurden den Fachausschüssen des Rates in den letzten Monaten vorgelegt und dort öffentlich beraten. Die Ergebnisse sind in den Haushalt 2012 eingeflossen. Gemäß Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss soll der Bürgerhaushalt in diesem Jahr ausgedehnt werden.

5.2. Herr Asche, Anlieger des Moorhauser Weges, teilt mit, dass der Rad-/Gehweg entlang des Moorhauser Weges nördlich des Hauses Nr. 40 langsam wächst und derzeit lediglich ein sehr schmaler Streifen befahrbar ist. Er bittet darum, einen Rückschnitt des Bewuchses zu veranlassen, insbesondere auch im Hinblick darauf, dass es sich um einen Schulweg handelt.

BM Böhling sagt einen Rückschnitt des Bewuchses zu.

5.3. Herr Asche bittet zu veranlassen, die scharfkantigen Vertikalprofile der neuen Überführung im Moorhauser Weg analog der Ausführung der Überführung im Bereich L 814 (Richtung Grafschaft/Accum) glatt abdecken zu lassen, um eine Verletzungsgefahr zu vermeiden. BM Böhling sagt zu, die Straßenbaubehörde entsprechend zu informieren.

5.4. Herr Asche berichtet über den sehr schlechten Straßenzustand im Baustellenbereich der Querung Moorhauser Weg/B 210 neu und bittet darum, die Straßenbaubehörde zur Durchführung regelmäßiger Pflege-/Ausbesserungsarbeiten aufzufordern, damit die Verkehrsteilnehmer diesen Bereich sowohl zu Fuß als auch mit Kraftfahrzeugen jederzeit sicher überqueren können. BM Böhling sagt zu, die Straßenbaubehörde entsprechend zu informieren.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. BM Böhling stellt den neuen Leiter des Fachbereiches Bauen, Herrn Theodor Kramer, der seit dem 01.01.2012 bei der Stadt beschäftigt ist, vor.

6.2. Gewerbliche/industrielle Entwicklung

Im interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet „JadeWeserPark“ hat die erste Baumaßnahme begonnen. Das Unternehmen May aus Itzehoe errichtet dort für „Hermes-Logistik“ auf einer Fläche von etwas mehr als 2 ha ein Gebäude, welches ca. 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Platz bieten wird. Das Unternehmen hat vor einigen Wochen den Bauantrag eingereicht und ist zwischenzeitlich mit den vorbereitenden Arbeiten für die Gründung angefangen. Im Herbst dieses Jahres wird der Neubau fertig gestellt sein.

Für die geplante Lebensmittelfabrik gibt es derzeit regelmäßig Abstimmungsgespräche mit den beauftragten Planungsbüros. Letzter Sachstand ist, dass entsprechend der Vereinbarungen die Antragsunterlagen im Frühjahr dieses Jahres eingereicht werden. Der Bau soll in den Jahren 2013 und 2014 erfolgen.

In diesem Zusammenhang bedankt sich BM Böhling bei der Gemeinde Sande und bei der Stadt Wittmund, die den genannten Firmen den „JadeWeserPark“ als Standort empfohlen haben, weil sowohl in Sande für „Hermes-Logistik“ als auch in Wittmund für die Lebensmittelfabrik geeignete Flächen nicht zur Verfügung standen. Vorbildlich wird hier der Gedanke der interkommunalen Zusammenarbeit gelebt.

Ebenfalls eine erfreuliche Entwicklung ist das heutige Richtfest von Arvato im TCN, welches auf Wunsch von Arvato im kleinen Kreis begangen wurde. Die Einweihung im Spätsommer soll dann in einem größeren Rahmen stattfinden.

Ebenfalls heute wurde das neue Fitness-Studio von „Actic-Fitness“ im Freizeitbad Aqua-Toll seiner Bestimmung übergeben. Die Gäste konnten sich von den hellen und ansprechenden Räumen und die damit einhergehende Attraktivitätssteigerung des Freizeitbades überzeugen.

6.3. Städtische Maßnahmen

BM Böhling bezeichnet es als besonders erfreulich, wenn Unternehmen in der Stadt Schortens Geld investieren. Aber auch die Stadt Schortens hat in den vergangenen Wochen verschiedene Aufträge erteilt, die noch aus der Haushaltsberechtigung des Jahres 2011 herrühren.

Der Verwaltungsausschuss hat den Auftrag für ein Klimaschutzteilkonzept an das Ingenieurbüro infas enermetric GmbH aus Emsdetten erteilt. Dieses beinhaltet die Teilkomponenten „Erschließung der erneuerbaren Energiepotenziale, integrierte Wärmenutzung in Schortens sowie den Klimaschutz in eigenen Liegenschaften der Stadt“. Von der Auftragssumme in Höhe von ca. 80.000,00 Euro erhalten wir einen Zuschuss in Höhe von 70 % vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Fertigstellung erfolgt bis zum 31.10.2012.

6.4. Lärmschutz Accum

Immer wieder beschäftigt die Region die Bahnanbindung für den „JadeWeserPort“. Das Planfeststellungsverfahren für den Lärmschutz entlang der Bahnstrecke am Industriestammgleis in Höhe von Accum ist rechtskräftig abgeschlossen. Die Stadt hat den aktuellen Sachstand bei der Bahn nachgefragt. Danach wird in dieser Woche offiziell die Ausschreibung gestartet. Die Auftragsvergabe für die Lärmschutzwand ist vorgesehen für den 13.04.2012. Anschließend werden die Ausführungspläne erstellt und mit dem Bau vor Ort soll am 29.06.2012 begonnen werden. Die Maßnahme soll am 30.07.2012 abgeschlossen sein.

Die Arbeiten werden laut Auskunft der Bahn größtenteils vom Gleis aus erfolgen, was bedeutet, dass zeitweise in der Nacht und am Wochenende gearbeitet wird.

In der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 21. März 2012 werden die abschließenden Vorschläge zur Farbgestaltung für die Lärmschutzwand zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

6.5. Bereich "Bauen"

- Nachdem Anfang des letzten Jahres der Flächennutzungsplan ohne Einwände vom Landkreis Friesland genehmigt wurde, ist dieser nunmehr nach Ablauf eines Jahres endgültig rechtswirksam geworden, da keine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder Mängel in der Abwägung innerhalb der gesetzlichen Jahresfrist geltend gemacht worden sind.
- Die Lichtraumprofil schnittarbeiten durch den Baubetriebshof an den Straßen sind weit fortgeschritten. Teile der Forstanlage am Eschenweg und am Huntsteert sind ausgelichtet worden. Die Gehölzflächen in den Parkanlagen Middelsfähr/Ost und Wangerooger Straße wurden vom Baubetriebshof gründlich durchgeforstet.
- Die Schortenser Jugendfeuerwehren haben im Januar die Brachfläche und die Wallhecken am Pöttkenmeer im Rahmen ihrer Umweltarbeit frei geschnitten.
- Der Wegebau in Barkel ist abgeschlossen. Das gilt auch für den Radweg in Höhe der Grundschule Glarum, den Neubau der Bahnhofstraße und die Regenwasserkanalsanierung an der Wangerooger Straße.

Erteilt wurde der Auftrag für die Errichtung des Schmutzwasserkanals an der Stichstraße im TCN an der Zuwegung zu Arvato. Die Durchführung erfolgt witterungsbedingt im Frühjahr. Der Termin ist mit Arvato abgestimmt.

- Seit der letzten Ratssitzung sind insgesamt 50 Bauanträge, davon 15 für Wohnhäuser, eingegangen.

6.6. Neue Schulleiterin Grundschule Jungfernbusch

Neue Leiterin der Grundschule Jungfernbusch ist seit dem 01.02.2012 die bisherige Konrektorin Frau Elke Kortendieck, die bereits seit vielen Jahren in dieser Grundschule tätig ist.

7. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 30.11.2011 und 08.02.2012

7.1. Anpassung des Kostentarifs der Verwaltungskostensatzung
SV-Nr. 11//0038

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses vor.

RM Just spricht sich gegen die Erhöhung der Verwaltungsgebühren aus da die Bürgerinnen und Bürger bereits mit ihren Steuern für die Verwaltungstätigkeit zahlen. Zudem sieht er in dieser Erhöhung einen falschen Ansatz, da diese nicht an den veränderten Aufwand angepasst wurde, sondern mit dem Ziel einer 10-prozentigen Einnahmesteigerung. Eine regelmäßige Überprüfung auf Grundlage sachlicher Gesichtspunkte alle paar Jahre hält er für vertretbar, eine Überprüfung mit dem Ziel einer 10-prozentigen Einnahmesteigerung jedoch nicht. Die BfB/UWG-Gruppe spricht sich daher gegen die Gebührenerhöhung aus.

RM Eggerichs erkundigt sich bei der Verwaltung nach der Höhe der zusätzlichen Einnahmen, die durch diese Anpassung erzielt werden, und die der bisherigen Einnahmen. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Just teilt er mit, dass über die Formulierung „10-prozentige Steigerung“ bereits im Fachausschuss diskutiert und diese als möglicher Fehler beurteilt wurde.

BM Böhling antwortet, dass sich die Mehrerlöse in einem Rahmen von ca. 940,00 Euro pro Jahr bewegen, was eine Steigerung von bislang ca. 11.000 Euro auf ca. 12.000 Euro pro Jahr bedeuten würde. Anschließend berichtet er über den im letzten Jahr von der Landesprüfungsanstalt vorgelegten Bericht, der den Hinweis auf die gesetzliche Verpflichtung einer kostendeckenden Gebührenerhebung durch die Stadt beinhaltet.

RV Fischer trägt anschließend den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Fachausschusses vor:

Der dem Originalprotokoll im Original beigefügte Kostentarif als Anlage der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung) wird auf der Grundlage der höheren Landespauschsätze beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwaltungskostensatzung alle zwei Jahre hinsichtlich der Aktualität der Verwaltungsgebühren zu überprüfen.

Dieser Beschlussvorschlag wird bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

8. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 13.12.2011/07.02.2012

8.1. Einrichtung von Rathaus-TV

8.1.1. Antrag auf Einrichtung von „Rathaus-TV“ **SV-Nr. 11//0082**

8.1.2. Einrichtung Rathaus-TV (Stellungnahme der Verwaltung)
SV-Nr. 11//0149

RM Kindo begründet ihren Antrag damit, dass es vielen interessierten Bürger/-innen, insbesondere auch älteren, aufgrund von Krankheit oder fehlender Mobilität nicht möglich ist, an Sitzungen teilzunehmen. Mit Blick auf die Transparenz der Ratsarbeit hält sie die Einrichtung von Rathaus-TV, welches in einigen Kommunen bereits erfolgreich eingesetzt wird, in der heutigen Zeit für mehr als angemessen. Sie befürwortet daher eine Umsetzung des Antrages, sofern finanzielle Möglichkeiten vorhanden sind. Abschließend geht sie kurz auf die in der Ratssitzung am 10.11.2011 geäußerten Bedenken hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte der Ratsmitglieder und das bestehende Einspruchsrecht ein.

RM Homfeldt teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Einführung von Rathaus-TV grundsätzlich positiv beurteilt, die hierfür entstehenden Kosten jedoch nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Da die Mitglieder des Rates in der Öffentlichkeit stehen und man sich dieser gegenüber zu verantworten hat, könne seiner Auffassung nach kein Ratsmitglied etwas dagegen haben, wenn ein in öffentlicher Sitzung gesprochenes Wort dokumentiert wird. Zur Vermeidung von Politikverdrossenheit hält er eine Transparenz für wichtig und sieht er daher als sinnvoll an, öffentliche Politik zu dokumentieren, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die zeitlich und räumlich nicht direkt vor Ort sein können, eine Teilhabe zu ermöglichen. Er regt an, durch die Verwaltung detailliert prüfen zu lassen, ob es preisgünstigere Möglichkeiten gibt, öffentliche Sitzungen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Auch eine Tonübertragung sollte in die Prüfung einfließen.

RM Just erklärt, dass das Prinzip Öffentlichkeit auch bisher gewahrt ist und verweist in diesem Zusammenhang u. a. auf die Bekanntmachung der Sitzungstermine im Internet und in den Tageszeitungen, die damit verbundene Möglichkeit an Sitzungen teilzunehmen sowie die anschließende Berichterstattung über die Sitzungen in der Presse. Seitens der BfB/UWG-Gruppe bestehen keine Bedenken gegen Bild- und Tonaufzeichnungen, jedoch sollten hierfür keine größere Summen seitens der Stadt in die Hand genommen werden,

RM Buß teilt mit, dass die SPD-Grüne-FDP-Gruppe den Antrag ablehnen wird, da die Übertragung auf Kosten der Stadt erfolgen soll. Aus Sicht der Gruppe bestehen jedoch keine Bedenken gegen eine Filmübertragung durch die Presse oder Fernsehsender.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Homfeldt teilt StD Müller mit, dass die Kosten für Hard- und Software ca. 12.500,00 Euro betragen werden. Ausgehend von 6 Ratssitzungen würden sich die Kosten einer externen Produktion auf ca. 4.700 Euro pro Jahr belaufen. Sie verweist abschließend auf die Persönlichkeitsrechte der Abgeordneten des Stadtrates, die in der Beratung Berücksichtigung

finden sollten.

RM Borkenstein beantragt im Namen der SPD-Grüne-FDP-Gruppe die Verwaltung zu beauftragen, zur nächsten Ratssitzung einen Antrag vorzubereiten, der es ermöglicht, die Ratssitzung per Life-Stream im Internet zu übertragen.

RM Homfeldt beantragt im Namen der CDU-Fraktion, den Antrag der SPD-Grüne-FDP-Gruppe dahingehend zu ergänzen, dass auch eine Ton- bzw. Bildübertragung durch die Stadtverwaltung mit eigener technischer Ausstattung geprüft wird.

RV Fischer lässt anschließend zunächst über den weitergehenden nachstehenden Antrag der SPD-Grüne-FDP-Gruppe einschließlich der von der CDU-Fraktion vorgetragenen Ergänzung abstimmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Ratssitzung einen Antrag vorzubereiten, der es ermöglicht, die Ratssitzung per Life-Stream im Internet zu übertragen. In dem Antrag ist auch eine Ton- bzw. Bildübertragung durch die Stadtverwaltung mit eigener technischer Ausstattung zu berücksichtigen.

Diesem Antrag wird bei 1 Gegenstimme zugestimmt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag des RM Kindo.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtratssitzungen Stadt Schortens zukünftig als Livestream (Audio und Video) auf der Internetseite der Stadt Schortens an prominenter Stelle zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein Rathaus-TV in Schortens zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Dabei sind auch die einmaligen und laufenden Kosten darzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah zu prüfen, ob und wenn ja, welche Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrates für die Realisierung des Rathaus-TV abgeändert beziehungsweise ergänzt werden müssen.

Dieser Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

8.2. Straßenbenennung der Planstraße im Interkommunalen Gewerbegebiet "JadeWeserPark" **SV-Nr. 11//0083**

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor.

BM Böhling weist auf die eingereichte Anregung eines Bürgers zur Straßenbenennung hin. Diese Anregung findet keine Zustimmung.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses abstimmen:

Die in dem der Sitzungsvorlage beigefügten Plan dargestellten Planstraßen A – D werden in „JadeWeserPark“ benannt.

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 8.3. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für Lüftung Bürgerhaus **SV-Nr. 11//0086**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor.

RV Fischer lässt über den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses abstimmen:

Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 65.000 Euro für eine neue Lüftungsanlage in der Gastronomie des Bürgerhauses wird genehmigt (§ 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG).

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 8.4. Benennung eines (weiteren) Vertreters für die Gesellschafterversammlung der Gründerzentrum Schortens GmbH **SV-Nr. 11//0080**

RV Fischer trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Für die Gesellschafterversammlung der Gründerzentrum Schortens GmbH wird von Seiten der BfB-UWG-Gruppe entsandt:

- 1. RM Prof. Dr. Appel als Vertreter**
- 2. RM Köhn als Stellvertreter**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 8.5. Benennung von beratenden Mitgliedern für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 11//0081**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Als beratendes Mitglied für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss werden als Vertreterinnen des Stadtelternrates der Kindertagesstätten benannt:

Frau Sabine Boelsen-Boree als Mitglied sowie Frau Sandra Bülles als stv. Mitglied.

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

9. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 10.01.2012

9.1. Direkte Benachrichtigung der 17-Jährigen über ihr Widerspruchsrecht nach § 18 Abs. 7 Melderechtsrahmengesetz in Verbindung mit dem § 58 Wehrpflichtgesetz **SV-Nr. 11//0070**

RM Kindo begründet ihren Antrag damit, dass die Aufklärungsarbeit der Stadt nicht jeden erreicht und die Bundeswehr in ihrer neuen Stellung nicht besser gestellt werden darf als jeder andere Arbeitgeber. Daher hält sie es für wichtig, die Bürger/-innen persönlich auf das bestehende Widerspruchsrecht hinzuweisen.

BM Böhling erklärt, dass die Stadt vorschriftsmäßig durch Aushang und Bekanntgabe auf das bestehende Widerspruchsrecht hinweist und auf der Internetseite der Stadt ein Formular für den Widerspruch abrufbar ist. Im Falle einer Zustimmung des Antrages würden der Stadt zusätzliche Kosten entstehen. Hinsichtlich des Vergleichs mit anderen Arbeitgebern gibt BM Böhling zu bedenken, dass die Bundeswehr eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen anbietet.

Nach einem Redebeitrag des RM Thiesing lässt RV Fischer über den Antrag des Ratsmitgliedes Kindo abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle betroffenen Jugendlichen und ihre Erziehungsberechtigten spätestens acht Monate vor dem Ablauf der Widerspruchsfrist darüber schriftlich zu unterrichten und ihnen damit die Gelegenheit zu geben, dieser Datenweitergabe zu widersprechen. Dem Schreiben wird ein Formular zum Einlegen des Widerspruchs beigelegt.

Dieser Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

10. Vorlage des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus vom 25.01.2012

10.1. Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung Stadtbücherei Schortens **SV-Nr. 11//0113**

RV Fischer trägt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses vor und lässt über diesen abstimmen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbücherei Schortens wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

11. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 08.02.2012
11.1. Haushalt 2012, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept
SV-Nr. 11//0136
11.2. Alternativ-Antrag der BfB/UWG-Gruppe zu Steuererhöhungen
AN-Nr: 11/0007

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses vor.

RM Eggerichs bedankt sich als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses bei der Verwaltung, insbesondere bei den Mitarbeiter/-innen des Fachbereiches Finanzen, für die Vorlage des Haushaltes.

RM Just spricht sich im Namen der BfB/UWG-Gruppe gegen den vorgelegten Haushalt einschließlich Haushaltssicherungskonzept aus. Als Begründung führt er aus, dass der Haushaltsentwurf ein Fehl von 1,4 Mio. Euro vorsieht und selbst bei erhofften und möglichen Verbesserungen vermutlich ein strukturelles Minus von 500.000 bis 700.000 Euro übrig bleiben wird. Das Defizit von 2,1 Mio. Euro aus den letzten Jahren wird sich bis zum Ende dieses Jahres auf 2,5 bis 3 Mio. Euro erhöhen und laut der gegenwärtigen Planung werden rasant steigende langfristige Schulden von 12 Mio. Euro Ende 2011 auf fast 18 Mio. Euro in zwei Jahren hinzukommen. Bezug nehmend auf das Haushaltssicherungskonzept teilt RM Just mit, dass sich die Gruppe nicht grundsätzlich gegen die Überführung von Aufgaben in private Hände ausspricht, den angedachten Verkauf des Abwassernetzes jedoch für fahrlässig hält, da dieser mit großen, nicht kalkulierbaren Gebührenrisiken für die Bürger verbunden wäre. Daher spricht sich die Gruppe gegen die angedachten Vermögensverkäufe und die vorgesehenen Steuererhöhungen aus. Um auf die geplanten Steuererhöhungen von 400.0000 Euro verzichten zu können, hat sie einen Alternativ-Antrag eingereicht, der Einsparziele für den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept mit einem Volumen von 600.000 bis 700.000 Euro beinhaltet.

RM Eggerichs erklärt, dass der Stadt Schortens im Jahr 2012 ca. 4,2 Mio. Euro fehlen werden und erläutert diese Summe, die sich aus dem Fehl im Ergebnishaushalt in Höhe von 1,4 Mio. Euro und die langfristige Kreditaufnahme in Höhe von 2,8 Mio. Euro ergibt. Anschließend geht er näher auf die zukünftige Haushaltsentwicklung ein. Aufgrund der geplanten Investitionssumme von 5,3 Mio. Euro könnte sich die vorgenannte Summe im Jahr 2013 auf 6,82 Mio. Euro belaufen. Im Jahr 2010 belief sich die Summe der Einnahmen ohne außerordentliche Erträge auf 24,54 Mio. Euro, die Summe der Ausgaben betrug 26,31 Mio. Euro. Im Vergleich dieser beiden Jahre sind die Einnahmen um 1,8 Mio. Euro gestiegen und die Ausgaben um 2,08 Mio. Zusammenfassend hält er fest, dass es der Stadt trotz guter Konjunktur sowohl jetzt als auch in den nächsten Jahren nicht gelingen wird, einen ausgeglichenen und somit genehmigungsfähigen Ergebnishaushalt vorzulegen. Er bestätigt, dass ein Ausgabeproblem besteht, dieses jedoch aufgrund der beschlossenen freiwilligen Leistungen (u. a. Drittkraft in Kindertagesstätten, Stadtmarketing, Verbesserung der Jugendförderung im Sportbereich, Kids-Card) mehrheitlich politisch gewollt ist.

Hinsichtlich des voraussichtlichen Haushaltsergebnisses gibt er zu bedenken, dass dieses mit einer Summe von 9000.000 Euro für Abschreibungen und Sonderposten aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Einführung der Doppik beeinflusst wird. Anschließend geht RM Eggerichs auf das Ergebnis der Befragung zum Bürgerhaushalt ein. Da aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation nicht ausreichend Mittel für die Finanzierung der freiwilligen Maßnahmen vorhanden sind und hierfür kurzfristig Mehreinnahmen erzielt werden müssen, schlägt die SPD-Grüne-FDP-Gruppe eine moderate Erhöhung der Hunde-, Grund- und Gewerbesteuer (Realsteuern) vor.

Zum Investitionsprogramm 2012 bis 2014 führt RM Eggerichs aus, dass dieses in den nächsten Monaten hinsichtlich einer möglichen zeitlichen Streckung auf 5 Jahre überarbeitet werden soll, um die Investitionssumme zu verringern. Abschließend äußert er sich zum Haushaltssicherungskonzept und geht dabei näher auf die Entwicklung der Neuverschuldung sowie die Tilgungsziele bzw. -möglichkeiten – auch unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen - ein.

BM Böhling weist auf die unzureichende finanzielle Unterstützung des Landes hin und erläutert kurz die Haushaltsentwicklung des vergangenen Jahres, in dem das ermittelte Haushaltsdefizit von ca. 2 Mio. Euro durch verbesserte Steuereinnahmen und sparsames Wirtschaften auf 600.000 Euro verringert werden konnte. Anschließend geht BM Böhling auf die freiwilligen Leistungen der Stadt (u. a. Freizeitbad, Bürgerhaus, die freiwilligen sozialen Leistungen, Schulsozialarbeit) ein, für die im Haushalt eine Summe von ca. 3 Mio. Euro veranschlagt ist. Den derzeitigen Stand dieser Leistungen herunterzufahren beurteilt er als sehr schwierig. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Just teilt BM Böhling mit, dass gemäß Haushaltssicherungskonzept ein gewinnbringender Verkauf des Abwassernetzes zur Schuldentilgung sowie die Übernahme der Gas- und E-Netze zur Erzielung von Erträgen geprüft werden soll. Jedoch sei es derzeit völlig offen, ob ein Verkauf des Abwassernetzes erfolgt oder nicht. Eine Entscheidung hierüber obliegt dem Rat, der während der Beratung auch die Gebührenentwicklung für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend berücksichtigen wird. Abschließend teilt BM Böhling mit, dass sich der Schuldenstand in Schortens auf ca. 500,00 Euro pro Bürger/-in beläuft und diese Summe unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Eggerichs teilt RM Just mit, dass die in der Vergangenheit mit breiter Mehrheit beschlossenen Ausgaben von der BfB-Fraktion nicht mitgetragen wurden und die BfB/UWG-Gruppe auch weiterhin daran festhält, die Ausgaben den geringen Einnahmen anzupassen. Anschließend trägt RM Just die Anträge der Gruppe vor und begründet diese:

1. Abgabe der Jugendwerkstatt an den Kreis – geschätzte Einsparmöglichkeit 200.000 €

Begründung: Der Landkreis hat grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme der Jugendwerkstatt signalisiert. Ein entsprechendes Angebot sollte angenommen bzw. gefordert werden.

Die meisten Besucher der Jugendwerkstatt kommen nicht aus Schortens, sondern aus umliegenden Kommunen. Schon von daher ist die Jugendwerkstatt Kreissache. Sozialpädagogische Jugendarbeit ist aber auch allgemein Kreissache – auch für die Jugendlichen aus Schortens. Der Kreis soll den kommunalen Kostenanteil für die Jugendwerkstatt daher vollständig übernehmen.

2. Keine Bezahlung der Schulsozialarbeit durch die Stadt – Einsparmöglichkeit ca. 75.000 €

Begründung: Schulsozialarbeit ist Landessache. Die Stadt kann die Schulen dabei unterstützen, vom Land bezahlte Schulsozialarbeiter zu fordern. Kostenübernahme durch die Stadt verbietet sich angesichts defizitärer Haushaltslage und erst Recht, wenn dafür wie ab 2012 vorgesehen die Steuern für die Bürger erhöht werden sollen.

3. Verzicht auf Drittkräfte in Krippen – Einsparmöglichkeit 150.000 €

Begründung: Wenn in den Krippen Drittkräfte erforderlich sind, ist die Kostenübernahme Sache des Landes. Die Stadt kann vom Land die Kostenübernahme für Drittkräfte fordern. Kostenübernahme durch die Stadt verbietet sich angesichts defizitärer Haushaltslage und erst Recht, wenn dafür wie ab 2012 vorgesehen die Steuern für die Bürger erhöht werden sollen.

4. Schrittweiser Übergang zu ehrenamtlicher Betreuung im Familienzentrum – geschätzte Einsparmöglichkeit 100.000 – 200.000 € jährlich

Die heute hauptamtliche Familienbetreuung im Pferdestall sollte schrittweise in ehrenamtliche Betreuung durch Vereine und Helfer überführt werden - mit dann nur noch hauptamtlicher Unterstützung als Gerüst.

Begründung: Die hauptamtliche Betreuung wird zu teuer und ist in diesem Umfang auch nicht erforderlich. Die Kosten des Jugend-/Familienzentrums liegen inzwischen bei jährlich 400.000 €. Das Interesse an Freizeitgestaltung im Jugendzentrum ist aber seit vielen Jahren rückläufig. Die wenigen Jugendlichen, die überhaupt noch ins JZ gehen (bundesweit 6%), suchen dort keine Betreuung, sondern Zeitvertreib. Hauptamtliche Betreuung ist selten erforderlich und kann bei Bedarf immer noch angefordert oder vermittelt werden. Das Familienzentrum sollte Vereinen und ehrenamtlichen Helfern übergeben werden - mit hauptamtlichen Beratern als Unterstützung.

5. Verzicht auf hauptamtliche Wiederbesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten – Ersparnis 45.000 €

Die meisten Kommunen in Friesland verzichten auf hauptamtliche Besetzung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten. Soweit bekannt problemlos.

Es gibt nirgendwo Bestrebungen, von neben- zu hauptamtlicher Besetzung überzugehen. Aufgrund der defizitären Haushaltslage sollte die Stadt Schortens die 2013 frei werdende Stelle entsprechend nur nebenamtlich wiederbesetzen.

6. Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus – geschätzte Einsparmöglichkeit 50.000 €

Hauptaufgaben des Stadtmarketings sind Unternehmensansiedlung und Neubürgergewinnung. Beide Aufgaben werden am besten im Rathaus erledigt, weil interessierte Unternehmer und Neubürger von sich aus zuerst das Rathaus ansteuern und weil die einzubeziehenden Fachabteilungen und Stellen (Bauamt, Kämmerei, Bürgermeister usw.) im Rathaus untergebracht sind. Auch für Touristen wäre ein I-Punkt im Rathaus oder Bürgerhaus als Anlaufstelle repräsentativer untergebracht als in der jetzigen, versteckt und zurück liegenden Einfamilienhausgarage.

RM Just teilt abschließend mit, dass das Einsparvolumen der Vorschläge 600.000 – 700.000 € beträgt und damit auf die geplanten Steuererhöhungen mit einem Volumen von 400.000 € komplett verzichtet werden kann.

RM Schwitters ist nach intensiven Überlegungen zu der Überzeugung gelangt, dass eine Steuererhöhung in den nächsten Jahren unumgänglich ist. Ergänzend führt sie aus, dass sich die Hebesätze (Realsteuer und Hundesteuer) der Stadt Schortens im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden des Landkreises im unteren Drittel befinden und laut Auskunft der Verwaltung das Thema Steuern nie ein Hinderungsgrund für private und gewerbliche Bauwillige in Schortens darstellte. Die freiwilligen Leistungen der Stadt - u. a. die Drittkräfte in Krippen und die Schulsozialarbeit - hält sie für erforderlich und sinnvoll. Auch wenn die Stadt Schortens für diese Leistung nicht zuständig ist und hierfür keine Landesmittel fließen werden, müsse es aus ihrer Sicht versucht werden, alle freiwilligen Angebote im sozialen und kulturellen Bereich, die ein Qualitätsmerkmal der Stadt sind und sie lebenswert machen, zu erhalten. Da hierfür der Einsatz von Steuermitteln erforderlich wird, unterstützt sie die vorgesehene moderate Erhöhung der Hebesätze.

RM Homfeldt teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf aufgrund der Kürzung des Marketing-Etats, der Streichung der Familienförderung und der Steuererhöhungen nicht zustimmen kann. Er führt ergänzend aus, dass diese drei Punkte vieles von dem in Frage stellen, was in den letzten Jahren vom Rat beschlossen wurde. Die bisher verfolgten Ziele, mehr Bürger und mehr Unternehmen für die Stadt zu gewinnen, werden aus Sicht der CDU-Fraktion durch diesen Haushaltsentwurf aus dem Fokus genommen. Da der Stadt im letzten Jahr das Prädikat „staatlicher anerkannter Erholungsort“ verliehen wurde, hält seine Fraktion es für besonders wichtig, das touristische Marketing und die Werbung um neue Bürger und neue Unternehmen zukünftig noch intensiver zu betreiben.

Die Kürzung des Marketing-Etats hält sie daher für falsch. Aus Sicht seiner Fraktion liegt ein Widerspruch darin, die Steuern zu erhöhen und gleichzeitig die Gewerbetreibenden um höhere Sponsorengelder zu bitten. RM Homfeldt regt in diesem Zusammenhang an, die umfangreiche Aufgabenstruktur des Stadtmarketings in diesem Jahr zu hinterfragen.

Die Streichung der Familienförderung erachtet die CDU-Fraktion für ein grundsätzlich falsches Signal.

Vielmehr sollte diese als intensives Werbemittel für die Gewinnung neuer Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

Um eine Verbesserung der Finanzsituation zu erlangen, sieht er es als erforderlich an, die beiden Kernprobleme in den Griff zu bekommen, und zwar durch eine stabile bzw. steigende Einwohnerzahl und höhere Steuereinnahmen. Die Erhöhung von Steuersätzen hält die CDU-Fraktion jedoch für falsch. Zum einen sieht sie zahlreiche, bisher nicht genutzte Einsparpotenziale und zum anderen sollte die Finanzsituation durch Mehreinnahmen durch die Steigerung der Anzahl der Steuerzahler/-innen verbessert werden. Er gibt zu bedenken, dass neben der guten Konjunktur, den erhöhten Zuweisungen und den erhöhten Steuereinnahmen auch die gemeinsam formulierten 50 Einzelziele im Haushalt wesentlich zu dem guten Ergebnis im vergangenen Jahr beigetragen haben. Beispielhaft führt er den gesunkenen Zuschussbedarf des Bürgerhauses, die Vermarktung stadteigener Immobilien und Grundstücke und die Reduzierung der Kosten für die Spielplatzunterhaltung an. Diese positive Entwicklung habe im Vergleich zu den geplanten Steuererhöhungen kaum jemanden negativ berührt. Seiner Fraktion ist es daher wichtig, diesen Weg konsequent fortzuführen und eine heterogene Wirtschaftslandschaft zu haben, die sowohl den großen Unternehmen als auch den kleineren Handwerksbetrieben, Einzelhändlern und Dienstleistern gerecht wird. Gleiches gelte auch für die Erhöhung der Grundsteuern, welche sowohl die Unternehmen als auch jeden Mieter in dieser Stadt treffen wird.

RM Borkenstein erklärt, dass sich eine Erhöhung der Grundsteuer mit einem Betrag von höchstens 10,00 bis 25,00 Euro pro Jahr auswirken wird und sich bei einer Umlegung ein relativ geringer Betrag ergeben würde. In diesem Zusammenhang verweist er auf die zahlreichen Standortvorteile der Stadt Schortens wie z. B. Anzahl der Plätze in Kindertagesstätten und Ganztagsgrundschulen mit Mittagsangebot. Im Anschluss führt RM Borkenstein Maßnahmen auf, deren Durchführung bereits mehrfach zurückgestellt wurde und nunmehr zwingend in diesem Jahr durchzuführen sind (u. a. Windfang Kindertagesstätte Roffhausen, Energetische Sanierung Turnhallen Glarum und Roffhausen, Ersatz der abgängigen Küche in der Kindertagesstätte Oestringfelde). Die SPD-Grüne-FDP-Gruppe hat nach Lösungen für die erforderliche Finanzierung gesucht und schlägt daher eine Erhöhung der Steuern und die genannten Kürzungen vor.

Bezug nehmend auf die Sparvorschläge der BfB/UWG-Gruppe teilt RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, mit, dass die Stadt Schortens über ein in Friesland einmaliges Kinderbetreuungskonzept verfügt, das auch weiterhin fortbestehen soll. Bei der Schulsozialarbeit kann aus ihrer Sicht in keinem Fall eingespart werden, da diese Mitarbeiter/-innen die Konfliktvermeidung und die gewaltfreie Konfliktlösung sowie Deeskalationen an den Schulen fördern und vernünftigen Unterricht erst möglich machen. Auch sei die vorherrschende Ruhe an den Schulen sowie das ruhige Verhalten der Kinder in ihrer Freizeit im großen Maße diesen Mitarbeiter/-innen zu verdanken. Ein Streichen ist aus ihrer Sicht daher unmöglich.

Auch die Drittkräfte in den Krippen hält sie für unverzichtbar, da zwei Krippenkkräfte nicht ausreichen, zumal sogar mehr Kräfte empfohlen werden. Sie gibt zu bedenken, dass bei kleinen Kindern ein höherer Betreuungs- und Pflegebedarf besteht und sich die Stadt Schortens mit den Drittkräften keinen Luxus gönnt. Die SPD-Grüne-FDP-Gruppe wird aus diesen vorgenannten Gründen den Sparvorschlägen der BfB/UWG-Gruppe nicht zustimmen.

RM Prof. Dr. Appel ist erschüttert darüber, dass im Rat seit zwei Jahren Konsens besteht zu sparen, es jedoch gleichzeitig politischer Wille ist, weiterhin soziale Vorhaben zu betreiben und dafür Schulden zu machen. Er hält es für ein Unding, mit angeblich sozialen Errungenschaften zu prahlen, gleichzeitig aber die Steuern zu erhöhen und damit immer mehr Mitbürger/-innen in eine finanzielle Bedrängnis zu bringen. Er gibt zu bedenken, dass es immer mehr Menschen schwer fällt, ihre Energie noch zu bezahlen. In diesem Zusammenhang weist er auf eine Förderung durch die Stadt an eine Familie zum Ausgleich der Energiekosten gemäß letzter VA-Niederschrift hin. Einsparungen können aus seiner Sicht nur durch Reduzierung der freiwilligen Leistungen erzielt werden. Um diese jedoch gering zu halten sieht er es als sinnvoll an, hierfür um mehr ehrenamtliche Kräfte zu werben.

BM Böhling erklärt, dass Äußerungen über die Auszahlung von Fördergeldern durch die Stadt an Dritte grundsätzlich nur im nicht öffentlichen Teil von Sitzungen erfolgen dürfen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Stadt jährlich von der Bundeswehr eine zweckgebundene Geldspende für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger erhält und die vom Ratsmitglied Prof. Dr. Appel angesprochene Förderung nicht aus Steuergeldern finanziert wurde. RM Eggerichs weist darauf hin, dass der Vorschlag zur Streichung der Familienförderung aufgrund des Ergebnisses des Bürgerhaushaltes entstanden ist, der als Hilfe bei der Entscheidung über Einsparungen dienen soll.

RM Kindo erklärt, dass ein kranker Haushalt lediglich durch Ausgabeneinsparung oder Einnahmeverbesserungen geheilt werden kann und dies mit dem vorgelegten Haushaltplan schon recht gut gelungen ist. Die vorgeschlagene Steuererhöhung findet daher ihre Unterstützung.

Einen wichtigen Grund der Haushaltsprobleme sieht sie in der stetigen

Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land an die Kommunen ohne gleichzeitige Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Daher hält sie es für sehr wichtig, beim Bund und Land eine den Aufgaben entsprechende Bereitstellung von finanziellen Mittel einzufordern.

RM Labeschautzki unterstützt den Vorschlag des RM Homfeldt, die Aufgaben der Marketing-Abteilung hinsichtlich des Umfangs zu überprüfen. Zur Kürzung des Marketing-Etats für die Durchführung von Veranstaltungen führt er aus, dass in einer engeren Zusammenarbeit des Stadtmarketings mit dem TGM bzw. den Gewerbetreibenden Möglichkeiten gesehen werden, neue Finanzgeber und Sponsoren sowie neue Ideen für die Ausrichtung der Veranstaltungen zu gewinnen, um diese zukünftig noch kreativer gestalten zu können.

Bezug nehmend auf den Antrag der BfB/UWG-Gruppe auf Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus weist er darauf hin, dass eine Entscheidung hierüber gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in den Zuständigkeitsbereich (Organisationshoheit) des Bürgermeisters fällt und daher im Rat hierüber keine Entscheidung getroffen werden kann.

RM Freygang beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die im Haushaltsjahr 2011 nicht erreichten festgelegten Ziele konsequent in den Haushalt 2012 zu übernehmen.

RM Köhn hält eine Kürzung der freiwilligen Leistungen für erforderlich, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern.

RM Thiesing stellt fest, dass sich der Haushalt der Stadt trotz der zwei zurückliegenden massiven Wirtschaftskrisen in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt hat und verweist in diesem Zusammenhang auf die getätigten Investitionen (u. a. Ausweisung von Gewerbegebieten, Ankauf von Flächen für weitere Entwicklungen), die sich erst in der Zukunft auszahlen werden.

RM Borkenstein teilt mit, dass auch die SPD-Grüne-FDP-Gruppe eine Veränderung in der Trägerschaft der Jugendwerkstatt für unumgänglich hält, diese Angelegenheit jedoch mit Blick auf die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die dort betreuten Jugendlichen mit der erforderlichen Seriosität behandelt werden sollte. Die Gruppe wird dem Antrag der BfB/UWG-Gruppe zur Abgabe der Jugendwerkstatt an den Landkreis daher nicht zustimmen. Auch einem schrittweisen Übergang zu einer ehrenamtlichen Betreuung im Jugendzentrum Pferdestall wird die Gruppe nicht zustimmen, da sie ein offenes Jugendhaus als präventive Maßnahme in der heutigen Zeit, insbesondere auch zur Vorbeugung von Jugendkriminalität, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, als wichtig ansieht. Mit Blick auf die demografische Entwicklung hält die Gruppe die Weiterentwicklung zu einem Zentrum für Familien und Senioren für den richtigen Schritt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Labeschautzki weist RM

Vehoff den gewonnenen Eindruck, die Gewerbetreibenden würden sich zu wenig an den Veranstaltungen beteiligen, zurück. Er verweist auf die in den vergangenen Jahren erfolgte Veränderung der Struktur des Handels und des Gewerbes, die zu einer Erhöhung von Filialen geführt hat. Dieses hat auch zur Folge, dass Entscheidungen oft nicht mehr vor Ort getroffen werden können. Eine Unterstützung kann sich aus seiner Sicht nicht nur auf finanzielle Belange beziehen, vielmehr müssen auch andere Kosten - wie z. B. Werbekosten - Berücksichtigung finden. Er sieht einen Widerspruch darin, die Steuern für die Gewerbetreibenden zu erhöhen und gleichzeitig höhere Sponsorengelder einzufordern.

Es folgen weitere Redebeiträge der Ratsmitglieder Zabel und Labeschautzki sowie des Bürgermeisters.

Zum Antrag der BfB/UWG-Gruppe auf Verzicht der Drittkräfte in Krippen teilt RM Just mit, dass seine Gruppe nicht die Abschaffung dieser Kräfte, sondern eine Kostenübernahme durch das Land beantragt. Zur Verdeutlichung ändert er die Formulierung dieses Antrages wie folgt:

„Keine Bezahlung von Drittkräften in den Krippen durch die Stadt.“

Anschließend legt RV Fischer die Reihenfolge der Abstimmung fest. Zunächst wird über die Anträge der BfB/UWG-Gruppe, dann über den Antrag der CDU-Fraktion und anschließend über den Beschlussvorschlag des Fachausschusses abgestimmt.

Anträge BfB/UWG-Gruppe:

- 1 Abgabe der Jugendwerkstatt an den Kreis – geschätzte Einsparmöglichkeit 200.000 €
Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
- 2 Keine Bezahlung der Schulsozialarbeit durch die Stadt – Einsparmöglichkeit ca. 75.000 €
Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
- 3 Keine Bezahlung von Drittkräften in den Krippen durch die Stadt.“ – Einsparmöglichkeit 150.000
Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
- 4 Schrittweiser Übergang zu ehrenamtlicher Betreuung im Familienzentrum – geschätzte Einsparmöglichkeit 100.000 – 200.000 € jährlich
Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
5. Verzicht auf hauptamtliche Wiederbesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten – Ersparnis 45.000 €
Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Eine Abstimmung über den Antrag „Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus – geschätzte Einsparmöglichkeit 50.000 €“ erfolgt nicht, weil eine Entscheidung hierüber in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters (Organisationshoheit) fällt.

Antrag der CDU-Fraktion:

RM Just beantragt eine Nichtbefassung, da er es als Zumutung für die neuen Ratsmitglieder empfindet, über 50 Ziele, die nicht präsent sind, eine Abstimmung herbeizuführen.

Nach kurzer Beratung wird dieser Antrag bei 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, die in 2011 nicht erreichten Ziele in den Haushalt 2012 zu übernehmen.

Diesem Antrag wird bei 7 Enthaltungen und 1 Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag des Fachausschusses:

RV Fischer trägt den nachfolgenden Beschlussvorschlag des Fachausschusses vor:

1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 werden beschlossen.
2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2012-2015 wird beschlossen.
3. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2012 wird beschlossen.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

12. **Anfragen und Anregungen:**

Es werden keine Anfragen und Anregungen vorgebracht.

Nichtöffentlicher Teil: